

Dr. jur. Konrad Witte

Rechtsanwalt

Hamburg

Fernsprecher 34 33 00 02

19. Januar 1950.

An das Schwurgericht
in Hamburg.
Strafjustizgebäude.



14 Js. 44/48.
(50) 49/49.

In der Strafsache
gegen
Franz Meyer
wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Nachdem mir das Urteil in obiger Sache am 12.1.1950 zugestellt worden ist, begründe ich meine am 18. Oktober 1949 eingelegte Revision weiter, wie folgt:

1.) Die Ausführungen zu I der Urteilsgründe, betreffend Anwendbarkeit des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, gehen fehl. Gegenüber diesen Ausführungen wird verwiesen auf den Beschluss des Landgerichts Münster i. W., Strafkammer Ia vom 10.10.1949 - Az. 6 Js. 1004/49-.

In diesem Beschluss wird ausgeführt, das Schwurgericht sei für die Verhandlung und Aburteilung nur dann zuständig, wenn von deutschen Gerichten auch eine Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit erfolgen könne. Das sei aber nach Erlass des Bonner Grundgesetzes nicht mehr möglich. Dieser Beschluss wird hiermit in

- Anlage 1 -
überreicht. Den Ausführungen dieses Beschlusses wird vollen Umfangs beigetreten.

2.) Danach durfte der Angeklagte von deutschen Gerichten lediglich wegen Körperverletzung im Amt, gefährlicher Körperverletzung und Aussageerpressung belangt werden. Aber insoweit sind die dem Angeklagten vorgeworfenen Delikte verjährt. Eine Unterbrechung der Verjährung ist, wie das Urteil selbst feststellt, nicht erfolgt. Dagegen stützt sich das Urteil auf § 1, Absatz 1 der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Staatsrechtspflege vom 23. Mai 1947. Diese Verordnung war aber lediglich eine Verordnung, die das Zentraljustizamt für die britische Zone erlassen hatte, und die deshalb über diese Zone hinaus keine Geltung besaß.

Nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes und nach der damit erreichten Schaffung eines einheitlichen deutschen Rechtes kann diese Verordnung der britischen Zone nicht mehr rechtsgültig sein, es müssen vielmehr nach deutschem Recht die an sich verjäherten Delikte als endgültig verjährt angesehen werden.

Der Rechtsanwalt
und Verteidiger:

gez. Wilto Dr.

1 Anlage.
Dr. H/L.

Für die Richtigkeit
der Abschrift:

Uisima
Justizangestellte